

AHV

«Sackgeldjobs» sollen von Beitragspflicht befreit werden

Wer gelegentlich einen Babysitter beschäftigt, soll dieses Arbeitsverhältnis in Zukunft nicht mehr bei der AHV anmelden müssen. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dafür ausgesprochen, geringfügige Löhne für Babysitting und andere kleine Dienstleistungen von der AHV-Beitragspflicht zu befreien.

Nach einer hitzigen Diskussion hat die kleine Kammer am Dienstag mit 22 zu 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine entsprechende Motion von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP/BL) angenommen.

Der Bundesrat hatte den Vorstoss befürwortet und eine konkrete Umsetzung vorgeschlagen: Einkommen von Personen bis 25 Jahre, die in Privathaushalten angestellt sind und deren Lohn weniger als 750 Franken im Jahr beträgt, sollen von der AHV-Beitragspflicht befreit werden.

Die vorberatende Kommission hatte die Motion jedoch zur Ablehnung vorgeschlagen. Die Mehrheit habe grosse Zweifel, ob überhaupt ein Handlungsbedarf bestehe, sagte Kommissionspräsidentin Liliane Maury Pasquier (SP/GE). Zudem würde durch die Motion «eine weitere Ausnahme von der Ausnahme» geschaffen, was das System noch komplizierter mache. Anders sah dies Isidor Baumann (CVP/UR), der für die Annahme der Motion plädierte. «Nachbars- und Freundschaftsdienste sollen geleistet werden können, ohne dass zuerst an die AHV gedacht werden muss», sagte er. (SDA)



Kaum mit dem Aufbau begonnen und schon hagelt Kritik: Nicolas Bideau, Direktor Präsenz Schweiz (rechts), und Emanuele Rossetti, CEO der Baufirma Nüssli Italia, bei der Grundsteinlegung für den Schweizer Pavillon letzte Woche an der Expo Milano 2015.

KEYSTONE

Familien

Betreuungsplätze für Kinder werden weiterhin gefördert

Der Bund unterstützt die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder während weiterer vier Jahre. Nachdem am Dienstag auch der Ständerat der Verlängerung der Anschubfinanzierung zugestimmt hat, stehen dafür ab Februar 2015 120 Millionen Franken zur Verfügung.

Das 2003 gestartete Programm war 2011 ein erstes Mal verlängert worden und ist nun auf Ende Januar 2015 befristet. Bisher konnten mit gut 300 Millionen Franken rund 43 000 neue Plätze für die Kinderbetreuung geschaffen werden. Das Impulsprogramm des Bundes ist erwiesenermassen nachhaltig: Fast alle Angebote existieren nach Einstellung der Subventionszahlungen weiter.

Die Nachfrage nach Kindertagesstätten oder Tagesschulen ist jedoch weiterhin hoch. Die Zürcher BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP/ZH) forderte darum per parlamentarischer Initiative, die Förderung über 2015 hinaus weiterzuführen. Die Bildungskommissionen beider Räte hiessen die Initiative gut.

Auch der Bundesrat, der eine Verlängerung zunächst abgelehnt hatte, unterstützte die Initiative. (SDA)

Vorwurf: Die Schweiz zahlt im Ausland Dumpinglöhne

Weltausstellung Das Aussendepartement sucht für die Expo 2015 in Mailand 52 Mitarbeitende. Der Monatslohn zwischen 1600 und 2700 Franken sorgt für Diskussionen

VON GERHARD LOB, LUGANO

Vor wenigen Tagen wurde im Mailänder Ausstellungsgelände Rho-Pero der Grundstein für den Bau des Schweizer Pavillons an der Weltausstellung 2015 gesetzt. Während das Schweizer Projekt somit seine konkrete Umsetzungsphase erreicht hat, begann die federführende Abteilung Präsenz Schweiz als Teil des Generalsekretariates des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mit der Rekrutierung des Personals.

In korrektem Englisch (Work with us!), aber fehlerhaftem Deutsch (Arbeits mit uns Expo Milano 2015!), werden auf der Homepage des Schweizer Pavillons insgesamt 52 Mitarbeitende gesucht, die während der sechsmonatigen Weltausstellung zwischen Mai und Oktober 2015 den Schweizer Pavillon animieren und die Öffentlichkeitsarbeit erledigen sollen: Mitarbeiter für Event Management, Guest Relations, Kommunikation und Administration.

Die Liste der Voraussetzungen für die Jobs ist lange und reicht je nach Funktion von Berufserfahrung über ein gepflegtes Erscheinungsbild bis zu unternehmerischem Denken und Führungserfahrung. In den Positionen werden mindestens zwei Schweizer Amtssprachen, aber eigentlich immer gutes Italienisch sowie Englisch verlangt. Flexibilität bei den Arbeitszeiten versteht sich von selbst.

Mit Verpflegung und Reisekosten

Die Brutto-Monatssaläre reichen von 1600 Franken für Gästebetreuer bis maximal 2700 Franken für Temporärangestellte in Führungspositionen. Dazu kommen eine Verpflegungspauschale von Fr. 37.50 pro Tag sowie gratis Unterkunft in einer Vierer-Wohngemeinschaft. Das EDA finanziert zudem die An- und Abreise nach Mailand.

Angesichts dieser Bedingungen spricht der Tessiner Koordinator der Grünen, Sergio Savoia, von einem Lohndumping des Bundes. Schweizer

Studenten, die zu Hause laufende Kosten hätten, könnten sich dieses Abenteuer kaum leisten. Ähnlich argumentiert die Tessiner Lega, die sich ihrer-

«Ich würde auch barfuss nach Mailand laufen, um einen solchen Job zu haben.»

Paolo Beltraminelli
Tessiner Regierungsrat

seits bestätigt fühlt, für die Expo keine Beiträge zu sprechen. Am 28. September wird im Tessin über ein entsprechendes Referendum abgestimmt.

Ganz anders sieht es der Tessiner Regierungsrat Paolo Beltraminelli, der in der Arbeit im Schweizer Pavillon gerade für helvetische Studenten italienischer Muttersprache eine einzigartige Gelegenheit sieht, Berufserfahrungen in einem internationalen Umfeld zu sammeln. «Man sollte nicht immer nur auf den Lohn schauen», so der CVP-Magistrat, «ich würde auch barfuss nach

Mailand laufen, um einen solchen Job zu haben.»

Bereits 540 Bewerbungen

Präsenz Schweiz weist den Vorwurf des Lohndumpings weit von sich. «Diese Löhne sind ortsüblich und vergleichbar mit den anderen Expo-Teilnehmerländern», sagt EDA-Mitarbeiter Andrea Arcidiacono, der für das Expo-Programm in Mailand verantwortlich zeichnet. Es gehe darum, vor allem Studenten eine Möglichkeit zu bieten, Berufserfahrungen zu sammeln. Rechne man die Kosten für Verpflegung und Unterkunft in einer Stadt wie Mailand auf die Saläre um, reichten die Löhne von 4800 bis 5925 Franken.

Diese Umrechnung scheint zwar sehr grosszügig angesetzt, doch tatsächlich scheinen sich potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten von den Bedingungen kaum abschrecken zu lassen. Im Gegenteil: Bisher sind laut Arcidiacono schon 540 Bewerbungen eingegangen. Und die Bewerbungsfrist läuft noch.

AUS DER SESSION

VERKEHR

Infrastruktur soll verbessert werden

Das Parlament gibt für die Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz 1,035 Milliarden Franken frei und für den Agglomerationsverkehr 1,699 Milliarden. Der Ständerat hat die entsprechenden Beschlüsse des Nationalrats unverändert übernommen. Mit dem Programm soll die Verkehrsinfrastruktur in den Städten und den umliegenden Gemeinden weiter verbessert werden. (SDA)

TIERQUÄLEREI

Verbot für Handel mit Robbenprodukten

Wegen der grausamen Jagdmethoden soll die Schweiz Einfuhr und Handel mit Robbenprodukten verbieten. Nach langem Hin und Her hat sich am Dienstag nach dem Nationalrat auch der Ständerat für ein solches Verbot ausgesprochen. Die Forderung geht auf eine Motion des Walliser SVP-Nationalrats Oskar Freysinger aus dem Jahr 2011 zurück. (SDA)

SÄULE 3B

Steueranpassungen gefordert

Der Nationalrat verlangt Steueranpassungen für die Säule 3b der Altersvorsorge. Wird die Versicherung vorzeitig aufgelöst und das Rentenskapital bezogen, soll dieses nicht pauschal besteuert werden, sondern es soll der effektive Ertragsanteil besteuert werden. Der Nationalrat unterstützte mit 120 zu 63 Stimmen eine entsprechende Motion der FDP-Fraktion. (SDA)

WOHNEIGENTUM

Bescheidene Einkommen entlasten

Der Nationalrat möchte Wohneigentümer mit bescheidenem Einkommen steuerlich entlasten. Er hat beim Bundesrat einen Bericht zu möglichen Massnahmen bestellt. Knapp – mit 92 zu 90 Stimmen bei 5 Enthaltungen – hiess der Rat gestern ein Postulat des ehemaligen Zürcher FDP-Nationalrats und heutigen Zürcher Stadtrats Filippo Leutenegger gut. (SDA)

ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE

Westschweiz nicht benachteiligen

Der Nationalrat hat ein Zeichen gesetzt für die Landessprachen. Er fordert Massnahmen gegen die Benachteiligung der Westschweiz bei öffentlichen Aufträgen. Er hiess eine Motion von Dominique de Buman (CVP/FR) gut. Der Bund soll künftig bei der Ausschreibung und bei der Entgegennahme von Angeboten konsequent alle drei Amtssprachen verwenden und akzeptieren. (SDA)

FINMA

Aufschluss über Regulierungsarbeit

Der Nationalrat will wissen, ob sich die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht Finma an die Vorgaben für den Erlass von Regulierungen hält und welche Konsequenzen die Regulierungen haben. Er überwies mit 118 zu 68 Stimmen ein Postulat aus der SVP-Fraktion. Postulant Thomas de Courten (SVP/BL) hatte bei der Courten einen «Regulierungseifer» festgestellt. (SDA)